



## **Medieninformation**

18.01.2018  
14/2018

**Dritte Tarifverhandlung für 400.000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland**

### **Kein Ergebnis in Saarbrücken - kaum Bewegung der Arbeitgeber**

**Frankfurt am Main/ Saarbrücken.** Im Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie haben auch die Verhandlungen am heutigen Tag in Saarbrücken kein Ergebnis gebracht. Etwa 7.000 Warnstreikende hatten zuvor an einer Demonstration und Kundgebung der IG Metall teilgenommen.

**Jörg Köhlinger**, Verhandlungsführer der IG Metall für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, kritisierte das Verhalten der Arbeitgeberverbände der Mittelgruppe mit deutlichen Worten: »Sie haben heute erkennen lassen, dass auch sie an einer baldigen Lösung interessiert sind. Nur haben sie den Weg dazu nicht beschritten. Nach wie vor setzen sie unserer Forderung nach Rechtsansprüchen auf die zeitweise Verkürzung der Arbeitszeiten ihr Mantra einer Verlängerung der Arbeitszeit entgegen, Entgeltzuschüsse für Arbeitszeitreduzierung im Fall von Kindererziehung und Pflege lehnen sie kategorisch ab. Beim Entgelt haben sie sich auch nicht bewegt. Mit ihrer bisherigen Haltung gießen die Arbeitgeber Öl ins Feuer, sie unterschätzen die Stimmung in den Betrieben. Die Zeit für eine Lösung wird knapp. Ende nächster Woche wird Bilanz gezogen, dann kann es 24-Stunden-Warnstreiks geben. Die Arbeitgeber müssen sich jetzt bewegen.«

Bis zum heutigen Tag haben nach Angabe der IG Metall Bezirksleitung Mitte über 90.000 Menschen an etwa 400 Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen im Rahmen der Tarifbewegung in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Thüringen teilgenommen. Schwerpunkt heute waren das Saarland und die Pfalz. Tausende Beschäftigte in den Geschäftsstellen Saarbrücken, Homburg-Saarpfalz,

Neunkirchen und Völklingen legten für Stunden die Arbeit nieder. Auch im hessischen Hanau beteiligten sich 800 Beschäftigte mehrerer Betriebe an einer Kundgebung.

Die IG Metall hat die Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um 6 Prozent für 12 Monate gefordert. Außerdem will sie für alle Beschäftigten einen Rechtsanspruch, die Wochenarbeitszeit auf bis zu 28 Stunden, befristet auf zwei Jahre, verkürzen zu können. Einige Beschäftigtengruppen wie Schichtarbeiter, Eltern junger Kinder und pflegende Angehörige sollen dafür einen Entgeltzuschuss erhalten. Die Arbeitgeberverbände der Mittelgruppe haben demgegenüber bislang nur angeboten, für die Monate Januar bis März 2018 eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro zu zahlen, ab 1. April 2018 eine Entgelterhöhung um 2,0 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten, beides aber nur im Falle gleichzeitiger Regelungen zur Verlängerung der Arbeitszeiten.

Die IG Metall regelt mit ihren Tarifverträgen die Arbeitsbedingungen für etwa 400.000 Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Die Friedenspflicht war mit dem 31. Dezember 2017 beendet. Seitdem haben sich inzwischen fast 90.000 Metallerinnen und Metaller an fast 400 Warnstreiks im Bezirk Mitte beteiligt. In Thüringen ist die nächste Verhandlung am morgigen Freitag, den 19. Januar, in Erfurt. Dort verhandelt die IG Metall Mitte für 17.000 Beschäftigte. Etwa 3.000 weitere Beschäftigte sind über Anerkennungstarifverträge betroffen.

**IG Metall-Bezirksleitung Mitte  
Pressestelle**

Michael Ebenau / Susann Müller  
Wilhelm-Leuschner-Str. 93, 60329 Frankfurt  
Telefon: (069) 6693 3303  
Mobil: (0160) 533 02 67  
E-Mail: [presse.bezirkmitte@igmetall.de](mailto:presse.bezirkmitte@igmetall.de)  
Internet: [www.igmetall-bezirk-mitte.de](http://www.igmetall-bezirk-mitte.de)